

# Bilanzierung, Konsolidierung, Staatsentschuldung Gestaltungsaufgabe oder „Ausweg“ Inflation?

Eine Tagung der Stiftung Marktwirtschaft am 1. Dezember 2010 in Berlin



Prof. Dr. Lars P. Feld

- 2 Begrüßung  
Prof. Dr. Michael Eilfort | *Stiftung Marktwirtschaft*
- 3 Schwäbische Sparsamkeit als Exportschlager?  
Willi Stächele MdL | *Finanzminister Baden-Württemberg*
- 4 Haushaltssanierung:  
Mehr Einnahmen oder weniger Ausgaben?  
Dr. Carsten Kühl | *Finanzminister Rheinland-Pfalz*
- 6 „Und sie saniert sich doch“:  
Die schuldenfreie Kommune Langenfeld  
Magnus Staehler | *Stiftung Zukunft Altmark, Bürgermeister a. D. und Buchautor*
- 7 Wege zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen –  
Lösungsvorschläge des Kronberger Kreises  
Prof. Dr. Lars P. Feld | *Kronberger Kreis, Walter Eucken Institut*
- 9 Der ehrbare Staat? Von Schulden, die man sieht  
und solchen, die man nicht sieht  
Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen | *Stiftung Marktwirtschaft, Universität Freiburg*
- 10 Ein ausgeglichener Bundeshaushalt –  
Utopie oder Zwischenziel echter Konsolidierung?  
Steffen Kampeter MdB | *Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen*
- 12 Diskussion



In seiner Begrüßung zitiert Stiftungsvorstand Prof. Dr. Michael Eilfort den Philosophen Arthur Schopenhauer anlässlich seines 150. Todestages: „Beklagte man ehemals die Schuld der Welt, so sieht man jetzt mit Grausen auf die Schulden der Welt.“ Dieser Satz sei 2010 besonders treffend. So erinnert Eilfort daran, dass in Deutschland seit 1967 in ununterbrochener Folge ein Schulden-Bundeshaushalt auf den nächsten gefolgt sei. Hierbei seien die unsichtbaren, die impliziten Schulden noch gar nicht einberechnet. Die Tagung der Stiftung widme sich daher der Fragestellung: Was müssen wir tun, damit Deutschland handlungsfähig bleibt und nicht zum Griechenland von morgen wird?

Zu diesem Zweck müsse zunächst eine ehrliche Bilanzierung vorgelegt werden. Danach stelle sich die Aufgabe der Konsolidierung, wobei dieser Begriff viel zu oft missbräuchlich verwendet würde. Denn viele, die sich in den letzten Jahren für ihre Sparerfolge hätten feiern lassen, hätten von einmaligen positiven Entwicklungen profitiert, an der grundsätzlichen Ausgabedynamik jedoch nichts geändert. Eilfort zitiert den ehemaligen Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel: „Sparen heißt, nicht auszugeben, was man hat. Bei uns geht es aber darum, nicht auszugeben, was wir nicht haben. Und das nennt man Realismus.“ In diesem Zusammenhang kritisiert Eilfort die grundsätzliche Einstellung, die Wichtigkeit von politischen Aufgaben mit dem dafür aufgewendeten Budget gleichzusetzen. Politische Gestaltung sei nicht als Ausgeben von mehr Geld zu verstehen.

Der Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft hofft, dass die Schuldenbremse durch die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht grundsätzlich in Frage gestellt werde. Nordrhein-Westfalen habe z.B. gerade einen Landeshaushalt aufge-

stellt, der mit der Schuldenbremse nicht in Einklang zu bringen sei. Dagegen sei es begrüßenswert, dass viele Länder Schuldenbremsen in ihre Landesverfassungen implementieren würden.

Um balancierte Budgets hervorzubringen, über deren Notwendigkeit sich laut Eilfort hoffentlich alle Anwesenden einig seien, gebe es drei Wege. Erstens könnten die Einnahmen erhöht werden, wofür die Stiftung jedoch keinen Raum sehe. Steuererhöhungen bedeuteten schließlich eine Entmutigung von Leistungsträgern, brächten aber am Ende vor allem Belastungen für die geplagte Mitte. Zweitens könnten die Ausgaben gesenkt werden, wobei aber auch die Ausgaben für den sozialen Bereich, welche 54% des Bundeshaushalts ausmachten, angetastet werden müssten. Eilfort stellt in diesem Zusammenhang die Frage in den Raum, ob Deutschland in diesem Bereich zu ähnlichen Einschnitten bereit sei, wie es Großbritannien gerade vormache. Drittens würden manche Finanzpolitiker in Hinterzimmern sogar schon über eine erhöhte Inflationsrate nachdenken, mit der die Staatsverschuldung schleichend entwertet werden könne.

Die Stiftung Marktwirtschaft befürworte Lösungsvorschläge jenseits von Einnahmeerhöhungen und Inflation. So plädiert Eilfort für mehr Ausgaben- und Aufgabenverantwortung. Die Stiftung setze sich seit Jahren für mehr Steuerautonomie für Länder und Kommunen ein, so z.B. auf dem Gebiet der Gemeindefinanzreform. Eilfort warnt zudem vor einem Übermaß an Nivellierung im Rahmen des Länderfinanzausgleichs. Bezogen auf die drohende europäische Transferunion und das Problem der Generationengerechtigkeit müsse vielmehr der Grundsatz des estnischen Premierministers Andrus Ansip gelten: „Jeder muss seine Rechnungen selbst bezahlen.“



Zum Titel seines Vortrags bemerkt der baden-württembergische Finanzminister Willi Stächele MdL, dass er als typischer Landesvertreter liebend gern Sparsamkeit als erfolgreiches Exportgut anbieten würde. Als Beleg für die schwäbische Sparsamkeit führt er an, dass die Landesregierung gerade beschlossen habe, die Steuermehreinnahmen der Jahre 2010 und 2011 von bis zu 1,8 Milliarden Euro komplett zur Reduzierung der Verschuldung des Landes zu verwenden. Außerdem sei ein Sparpaket mit einem Volumen von etwa 500 Millionen Euro aufgelegt worden, zu dem auch ein Abbau von fast 1.500 öffentlichen Stellen gehöre.

Zur Überraschung des Publikums bekennt Stächele jedoch: „Alles, was ich jetzt schildere, habe ich zum Teil mit verbrochen. Ich bin Mittäter der letzten 20 Jahre.“ Als jemand, der schon lange Politik mitgestalte, habe auch er bei der Schuldenanhäufung mitgewirkt. Doch jetzt müsse die gegenwärtige Besitzstandsgeneration die finanzpolitische Kehrtwende einläuten. Deswegen habe die Bundeskanzlerin vorgegeben, dass nach dem Vorbild der „schwäbischen Hausfrau“ gewirtschaftet werden müsse. Die schwäbische oder auch badische Hausfrau beherzige den alten Grundsatz, dass nur das ausgegeben werden könne, was wirklich eingenommen worden sei. Stächele stellt fest: „Eine einfache Wahrheit, die wir im Privatleben größtenteils beherzigen, aber bei der öffentlichen Hand vernachlässigt haben.“

Dieses nachhaltige Wirtschaften bedeute konkret für die öffentliche Hand, dass nur dann Kredite aufgenommen werden sollten, wenn eine sichere Zukunftsrendite erwartet werden könne. Sogenannte Zukunftsinvestitionen seien zwar wichtig, doch dürfe der Begriff Zukunft nicht nur dafür stehen, dass die Kosten der Investition in der Zukunft abgetragen würden. Die Abgrenzung, was eine Zukunftsinvestition ausmache, sei im Einzelfall schwierig. So könne z.B. die

Einstellung von Lehrern als Bildungsinvestition in die Zukunft verbucht werden, während Ausgaben für Polizei und Justiz zwar wichtig seien, doch keine messbare Zukunftsrendite brächten.

Stächele erinnert ebenfalls an Manfred Rommel, der festgestellt habe: „Keynes wird immer dann ausgegraben, wenn es darum geht, Schulden zu machen und wird dann sofort vergessen, wenn es möglich wäre, Rücklagen zu bilden.“ Auch das finanzstarke Baden-Württemberg habe von 1972 bis 2008 keinen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt. Allerdings habe man seit Bestehen des Länderfinanzausgleichs 46,5 Milliarden Euro in diesen einbezahlen müssen, inflationsbereinigt sogar 66,6 Milliarden Euro. Auf Ende 2007 wurde der sogenannte Schuldendeckel in Höhe des damaligen Schuldenstands von 41,7 Milliarden Euro eingeführt. Wenn fortan neue Schulden aufgenommen werden, und das sei nur im Rahmen enger Ausnahmen zulässig, muss ein Tilgungsplan aufgestellt werden, wie diese Schulden innerhalb von sieben Jahren abzubauen sind.

Auch wenn sich in der Finanz- und Wirtschaftskrise gezeigt habe, wie schwierig es für das Land sei, diesen Konsolidierungskurs fortzuführen, so ist Stächele dankbar dafür, dass sich die Politik nicht mehr aus der Schuldenbremse stehlen könne. Er hofft darüber hinaus auf positive Wettbewerbseffekte der Länder untereinander durch den heilsamen Zwang von Schuldenbremsen. Die laut Stächele erschreckend hohe Neuverschuldung Nordrhein-Westfalens dürfe jedenfalls keine Schule machen. Der Finanzminister konstatiert: „Die Länder wissen, dass es keine Umkehr mehr gibt.“ Stächele empfiehlt seinen Kollegen in anderen Bundesländern deshalb, ebenfalls die Steuermehreinnahmen zum Zurückführen der durch die Krise entstandenen Schuldenlast zu nutzen. Selbst als finanzstarkes Land weise Baden-Württemberg

ein strukturelles Defizit in Höhe von 5-6% der Ausgaben, also etwa 2 Milliarden Euro, auf. Stächele illustriert für das Publikum diese Summe, indem er darlegt, dass das Land für seine Hochschulen 2 Milliarden Euro und für die Hochschulmedizin zusätzlich 600 Millionen Euro zur Verfügung stellt. Entsprechend sei das Volumen der notwendigen Sporbemühungen einzuschätzen.

Stächele weist mit einem Seitenblick auf Raffelhüschen auch auf die innerhalb der Haushalte bestehenden Sprengsätze hin, die ihm wohl bewusst seien. So habe das Land Baden-Württemberg derzeit Versorgungsausgaben von 3,3 Milliarden Euro zu tragen, die jedes Jahr strukturell um 150 Millionen wachsen würden, was in etwa dem Steuerertrag des Landes von 1% Wirtschaftswachstum entsprechen würde. Diese Belastung sei künftigen Generationen bei zu erwartenden niedrigen Wachstumsraten nicht zuzumuten, die dazu noch ganz andere finanzielle Herausforderungen zu bewältigen hätten. Ein weiterer Sprengsatz im Haushalt sei der Kapitaldienst bestehend aus Zins- und Tilgungszahlungen. Zurzeit lägen die jährlichen Zinszahlungen bei ca. 2 Milliarden Euro. Deswegen führe die Reduzierung der ursprünglich geplanten Neuverschuldung durch

die Steuermehreinnahmen zu erheblichen Einsparungen bei den Zinszahlungen auch für die zukünftigen Jahre.

„Die neue Demokratie wird sich nicht am Bauzaun, sondern in der Finanzpolitik bewähren müssen.“ Von dieser These ist der Finanzminister überzeugt, denn die größte Herausforderung der kommenden Jahre werde es sein, zu einem „neuen Haushaltsdenken“ zu kommen. So habe es früher bestimmte Prioritäten in der Ausgabenpolitik gegeben, die durch Wachstum und neue Schulden finanziert wurden. Werde künftig ein Vorrang für Ausgaben formuliert, die durch einen finanziellen Nachtrag in der Zukunft gedeckt werden müssten, so stelle sich für die Politik in besonderer Weise die Herausforderung der Kommunikation mit der Öffentlichkeit. Die Politik müsste die finanziell Betroffenen mitnehmen und die Finanzierung der Projekte verstärkt rechtfertigen. Stächele bedankt sich bei Eilfort für die Einladung der beiden Landesfinanzminister und gratuliert ihm zugleich mit einem Augenzwinkern zu dieser Entscheidung – schließlich habe schon der eingangs angesprochene Rommel gesagt: „Die einzigen, die einen Heiligenschein tragen dürfen, sind die Finanzminister. Denn sie verkünden die alleinige Wahrheit: Es ist kein Geld da.“



„Die Arbeitsteilung ist ja nach den Vortragstiteln augenfällig: Der baden-württembergische Kollege hat Erfahrung im Sparen und der Sozialdemokrat mit Steuererhöhungen. Doch so einfach will ich es Ihnen nicht machen“, kündigt Dr. Carsten Kühl, rheinland-pfälzischer Finanzminister, an. Zunächst betont Kühl die Wichtigkeit einer vernünftigen Wachstumspolitik, die nicht nur Nebenbedingung von

Konsolidierung, sondern eine *conditio sine qua non* sei, „jedoch wird Wachstumspolitik allein nicht ausreichen, um die Haushalte zu konsolidieren.“

Für Rheinland-Pfalz bemerkt Kühl, dass alle drei im Landtag sitzenden Fraktionen darüber einig seien, mit der Einführung der Schuldenbremse eine Vorschrift in die



Landesverfassung aufzunehmen, die eine Kreditaufnahme in dem Fall von Steuerrechtsänderungen erlaube, die das Land nicht zu verantworten habe. Wenn somit z.B. der Bund eine Steuerrechtsänderung vornehme, die das Land unmittelbar betreffe, so könne das Land zum Ausgleich für seine Mindereinnahmen einen in einem Zeitraum von vier Jahren zu tilgenden Kredit aufnehmen. Ein Anwendungsfall für diese Vorschrift wäre z.B. eine von Bundestag und Bundesrat kurzfristig beschlossene Mehrwertsteuersenkung um 1%, die allein für Rheinland-Pfalz zu jährlichen Mindereinnahmen von 200 Millionen Euro führen würde. Diese enorme Summe müsste das Land sonst kurzfristig zusätzlich zu seinen normalen Sparbemühungen einsparen, um einen verfassungskonformen Haushalt vorzulegen. In der Folge würden Umsetzbarkeit und Akzeptanz der Schuldenbremse leiden. Deswegen verteidigt Kühl die rheinland-pfälzische Regelung: „Ich glaube, wer so etwas in die Verfassung aufnimmt, der tut der Schuldenbremse einen großen Gefallen.“ Haushaltskonsolidierung sollte laut Kühl am besten durch eine Mischung aus Einnahmeerhöhung und Ausgabenreduzierung erfolgen. Das „oder“ in seinem Vortragstitel müsste somit durch ein „und“ ersetzt werden.

Dass es Spielräume zur Einnahmeerhöhung gebe, zeigt Kühl anhand der Entwicklung der deutschen Steuer- und Abgabenquoten. Unter der Großen Koalition haben die Steuerquote (Anteil der erhobenen Steuern am Bruttoinlandsprodukt) in dem Jahr 2008 bei 22,6% und die Abgabenquote (Anteil der erhobenen Steuern und Sozialabgaben am Bruttoinlandsprodukt) bei 38,0% gelegen, im Vergleich der letzten 30 Jahre also im unteren Durchschnitt. Seit Ende 2008 seien unter anderem durch das Bürgerentlastungsgesetz und das Wachstumsbeschleunigungsgesetz erhebliche strukturelle Steuerentlastungen vorgenommen worden, die sich bundesweit auf dauerhaft 36 Milliarden Euro oder rund 6,5% des Gesamtsteueraufkommens beliefen und sich auf die Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen entsprechend auswirkten. So habe allein das Land Rheinland-Pfalz ohne die Kommunen Mindereinnahmen in Höhe von 580 Millionen Euro zu beklagen. Dies entspräche den Landesausgaben für die Polizei. Laut der Steuerschätzung vom November 2010 würde die Steuerquote 2011 voraussichtlich bei 20,9% liegen – also um 1,7% niedriger als im wachstumsstarken Jahr 2008.

Nicht nur, dass es Spielräume zur Erhöhung der staatlichen Einnahmen gebe, einige Gebietskörperschaften nutzten diese Spielräume auch schon. Da wären zum einen die Gemeinden, die finanziell mit dem Rücken zur Wand stünden und die Gewerbe- und Grundsteuerhebesätze sowie Gebühren erhöhen müssten. Die Gemeindefinanzkommission müsse deswegen nicht nur über die Reformierung des Systems der Kommunalfinanzen, sondern vor allem über die kommunalen Steuermindereinnahmen

sprechen. Zum anderen nennt Kühl den Bund, der mit dem Haushaltsbegleitgesetz zusätzliche Einnahmen in Höhe von 7 Milliarden Euro für sich zu generieren beabsichtige, z.B. durch die Brennelemente-, Banken- und Luftverkehrsabgabe sowie die Erhöhung der Tabaksteuer. Der rheinland-pfälzische Finanzminister kritisiert die Bundesregierung für dieses Vorgehen, weil nach den Einnahmesteigerungen des Bundes den Bürgern und Unternehmen wenig zusätzliche Lasten zugemutet werden könnten und die Länder leer auszugehen drohten: „Der Bund hat eine gesamtstaatliche Aufgabe, der er sich stellen muss. Weder Kommunen noch Länder können – bis auf die kommunalen Hebesätze und die Grunderwerbsteuer der Länder – die Steuern verändern, die ihnen zustehen. Das geht immer nur gemeinsam mit dem Bund.“

Um die Frage zu beantworten, ob zusätzliche Einnahmen zum Einhalten der Konsolidierungsziele überhaupt genutzt werden sollten, wirft Kühl einen Blick auf die Ausgabenseite der Länder, die zu über 40% aus Personalausgaben bestehe. Rheinland-Pfalz habe Ende der 1990er Jahre einen kapitalgedeckten Pensionsfonds für alle neuen Beamten eingeführt, doch dieser würde in den nächsten zehn Jahren für die in Pension gehenden Beamten noch nicht greifen.

Dass in naher Zukunft starke Jahrgänge aus dem aktiven Berufsleben ausscheiden würden, bezeichnet Kühl als „demografische Dividende“, doch stellt er klar: „Natürlich werden wir nicht jede frei werdende Stelle unbesetzt lassen können.“ Der vielfach diskutierte Fachkräftemangel sei bereits in der Finanzverwaltung zu spüren. Auch bei Polizisten und Lehrern bestehe nur ein eingeschränktes Sparpotential. Den Bereichen kommunaler Finanzausgleich und Bildung weist der Minister ebenfalls geringe Einsparmöglichkeiten zu. Es bestehe Handlungsbedarf in Bezug auf eine verbesserte Kinder- und Schülerbetreuung, so dass die auch hier zu erwartende demografische Dividende durch Qualitätssteigerungen weitgehend aufgezehrt werde. Die zu erwartenden Einsparungen durch Ausgabenreduzierungen seien also eher gering, zudem mahnt Kühl: „Wenn wir über die Ausgabenseite konsolidieren, dann treffen wir immer die Einkommensschwächeren, die auf den Staat angewiesen sind.“

Um zu zeigen, was auf Länderebene machbar sei, präsentiert der Finanzminister das rheinland-pfälzische Konsolidierungsvolumen in Höhe von 1,8 Milliarden Euro bis 2020. Die Einsparungen im Bereich Personalausgaben werden bei 29% veranschlagt, bei den Sach- und Investitionsausgaben mit 34% und bei den Zinsausgaben mit 17%. Die verbleibenden 20% sollen über Einnahmesteigerungen erfolgen. Kühl rechnet vor, dass diese Sparbemühungen nur etwa der Hälfte der 580 Millionen Euro entsprechen, die dem Land durch die Reform 2008 verloren gegangen seien.



Der ehemalige Bürgermeister der Stadt Langenfeld, Magnus Staehler, beginnt seinen Vortrag mit einem Zitat von Bundesfinanzminister Schäuble, der in der Haushaltsdebatte des Bundestags gesagt habe: „Wir schwimmen nicht im Geld, wir ertrinken allenfalls in Schulden.“ Diese Aussage zeige, so Staehler, dass es kein Erkenntnisproblem sondern ein Umsetzungsproblem gebe. Dabei gehe es nicht allen Städten so schlecht wie Oberhausen und Duisburg. Gerade die Kommunen verfügten über einen großzügig bemessenen Handlungsrahmen, den sie nutzen könnten – wenn sie es denn wollten. Denn die Ausgangsvoraussetzungen im Sinne der geltenden Gesetze und Rechtsvorschriften sowie der zugewiesenen Aufgaben seien für alle Kommunen gleich. Das aktuell diskutierte Vorhaben der nordrhein-westfälischen Landesregierung, einen Hilfsfonds für hoch verschuldete Kommunen einzurichten, an dem sich die wohlhabenderen Kommunen gegebenenfalls beteiligen sollten, kritisiert Staehler mit deutlichen Worten, weil so die Kommunen bestraft würden, die in der Vergangenheit verantwortungsbewusst gewirtschaftet hätten.

Zur Illustration seiner Thesen präsentiert Staehler das Erfolgsbeispiel Langenfeld, einer Stadt im Rheinland mit ca. 60.000 Einwohnern, deren Bürgermeister Staehler von 1994–2009 war. Langenfeld sei „zwar keine architektonische Perle des Rheinlands, aber dafür immerhin schuldenfrei“, ohne dass das „städtische Tafelsilber“ verkauft werden musste.

Es gebe kein Patentrezept für eine erfolgreiche Haushaltsanierung, doch führten Klarheit, Kreativität und Konsequenz zum Ziel. Klarheit zeige sich durch Leistungs- und Kostentransparenz und eine Vereinfachung der Entscheidungsstrukturen. Kreativitätspotential sei im öffentlichen Dienst durchaus vorhanden, es müsse nur aus den zumeist engen Organisationsstrukturen befreit werden. Zur Kon-

sequenz gehörten der Mut zur Umsetzung von schmerzhaften Lösungen und die Konzentration auf das absolut Essentielle. Entscheidend sei eine klare und konsequente Kommunikation mit Öffentlichkeit und Mitarbeitern, um von der „Hinterzimmermentalität“ weg zu kommen.

Der Weg zur Entschuldung führe zugleich über die Einnahmen als auch über die Ausgaben. Im Bereich der Einnahmen hebt Staehler die positive Entwicklung der Steuereinnahmen durch die erfolgreiche Ansiedlung von mittelständischen Unternehmen hervor. Die Gewerbesteuererinnahmen seien noch nie so hoch gewesen wie 2009. Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Langenfeld sei von 1996 bis 2009 von 18.615 auf 24.800 gestiegen. Dies habe wiederum positive Wirkungen auf Kaufkraft, Ausbildung und Demografie. Darüber hinaus sei ein Masterplan für eine nachhaltige Stadtentwicklung entwickelt worden, der z.B. die Ausstattung mit Kindergärten und Schulen beinhalte.

Auf der Ausgabenseite seien die Personalkosten in der öffentlichen Verwaltung dahingehend optimiert worden, dass es weniger Personal gebe, das aber dafür gut bezahlt und hoch qualifiziert sei. In der Verbesserung des Immobilienmanagements hätten sich ebenfalls enorme Einsparpotentiale ergeben. Ein striktes Controlling mit einer Folgekostenrechnung für Investitionen und eine konsequente Prozessoptimierung hätten zu einer „Kultur der Budgetdisziplin“ beigetragen. Unschätzbar wichtig sei außerdem das bürgerschaftliche Engagement, betont Staehler. Die Zumutbarkeitsgrenzen für die Bevölkerung könnten deutlich erhöht werden, wenn die Politik den Bürgern die mit der Entschuldung verbundenen Ziele kommuniziere. So hätte die Politik den Bürgern beispielsweise deutlich machen können, dass Langenfeld die aufsummierten Zinszahlungen für Kommunalkredite in den Jahren 1999–2001

in Höhe von 2,7 Millionen Euro auch dazu hätte verwenden können, einen neuen Kindergarten zu bauen.

Als Beispiel für eine konkrete Entschuldungsmaßnahme übertrug die Stadt Langenfeld den Bürgern die Straßenreinigungspflicht und verteilte Besen. Sportstätten wurden in Vereinshand übertragen und Museen verstärkt mit ehrenamtlichen Mitarbeitern geführt. Große Aufmerksamkeit erlangte das Marketing-Instrument der Entschuldungsur, auf der die Bürger Informationen über den aktuellen Schuldenstand und den Anteil jedes Bürgers daran ablesen konnten: „Plötzlich interessierten sich Leute für die komplexen Fragen der öffentlichen Finanzen, denen diese vorher offengesagt piepegal waren.“ Als die Pro-Kopf-Verschuldung auf unter 100 Euro gesunken war, konnten die Bürger auf dem Marktplatz Entschuldungszertifikate im Wert von 100 Euro kaufen. 520 Bürger nutzten die Gelegenheit, sich als „schuldenfreie Langenfelder“ ausweisen zu können.

Das positive Ergebnis der Entschuldung komme allen Bürgern in Form einer „Bürgerdividende“ zugute, zu der Steuersenkungen bei der Gewerbe- und Grundsteuer, eine Bildungsoffensive bei Schulen und Kindertagesstätten, die Absenkung der Kindertagesstättegebühren um 20%, die Einführung von Rücklagen für einen Pensionsfonds für die öffentlichen Bediensteten und Gebührenstabilität gehörten. Staehler rechnet vor, dass durch die Entschuldung Bürger und Unternehmen 11 Millionen Euro mehr in den Taschen hätten. Mit seinen Erfahrungen gab er Bund und Ländern die Empfehlung, dass sie erst ihre Haushalte konsolidieren sollten, bevor sie die Steuern senken könnten. Verschuldeten Kommunen rät der ehemalige Bürgermeister ihre finanzpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten nach dem Vorbild der Stadt Langenfeld zu nutzen: „Denn erst wenn wir all dies gemacht haben, können wir wieder nach Berlin reisen und sagen: Den Kommunen geht es schlecht. Aber nur dann.“

7



„Es geht für Deutschland nicht darum, die Schuldenberge auf null zurückzuführen“, stellt der Finanzwissenschaftler Prof. Dr. Lars P. Feld, Kronberger Kreis und Walter Eucken Institut Freiburg, klar. „Es geht darum, die übermäßige Verschuldung abzubauen.“ Im internationalen Vergleich stehe Deutschland mit einer Schuldenstandsquote (Schuldenstand in Prozent des Bruttoinlandsprodukts) von 75,7% zwar noch vergleichsweise gut da, das Problem sei jedoch die Schuldendynamik. Vor allem auf Bundesebene existiere seit Jahrzehnten ein Schulentrend, der nur kurzfristige Konsolidierungsphasen unterbrochen worden sei. Die

Kommunen hingegen stünden insgesamt relativ gut da, bis auf wenige, völlig überschuldete Einzelfälle.

Die Schuldenperformance der Länder stelle sich sehr heterogen dar. Erfreulich sei die Verschuldungssituation in Bayern (Schuldenstandsquote von 11% in 2008) Baden-Württemberg (18%) und Sachsen (22%), dem „Musterschüler aus dem Osten“. Im Vergleich wiesen Sachsen-Anhalt mit 48% und Nordrhein-Westfalen mit 33% deutlich schlechtere Werte auf. Insbesondere vor dem Hintergrund des geplanten Haushaltsdefizits bezeichnet

Feld die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen als sehr besorgniserregend.

In wirtschaftlich schlechten Zeiten sollte nicht gespart werden, um die automatischen Stabilisatoren wirken zu lassen. Da die Zinssätze für öffentliche Schuldtitel in Deutschland im Allgemeinen über den Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts lägen, müsse langfristig gesehen aber eine Konsolidierung erfolgen, damit die Staatsschulden nicht Gefahr liefen zu explodieren. Der Finanzwissenschaftler bewertet die neue Schuldenbremse auf Bundesebene als deutlich sinnvoller als die alte Investitionsabgrenzung. Argumentiere man aufbauend auf seinem Vorredner Stächele, dass neben Investitionen auch Ausgaben für Bildung und z.B. auch innere Sicherheit zukunftsrelevant seien, werde die Haushaltskonsolidierung sehr schwierig: „Wenn Sie so die Budgets überprüfen, sind am Ende alle Ausgaben irgendwie zukunftsrelevant und es ergibt sich nirgendwo Sparpotential.“

Feld stellt fest: „Das Konsolidierungspaket der Bundesregierung deutet in die richtige Richtung, aber es sind viele Elemente darin enthalten, von denen wir noch nicht wissen, ob sie tatsächlich zum Tragen kommen, wie z.B. die Finanztransaktionssteuer.“ Erfolgreich sei Konsolidierung dann, wenn sie auf der Ausgabenseite vorgenommen werde. Dazu gehörten insbesondere die Streichung von Subventionen und Steuervergünstigungen, z.B. im Bereich Energie und Klimaschutz, sowie die Rückführung von Transfers und der öffentlichen Beschäftigung, aber nicht der Investitionen. Konsolidierung müsse von einer langfristig orientierten Wachstumspolitik begleitet werden. Um Wachstumspotentiale freizusetzen, müssten auch Regulierungen und Sozialsysteme auf den Prüfstand. In der Rentenversicherung sollte die Rentengarantie abgeschafft und die Aussetzung des Nachhaltigkeitsfaktors bei drohenden Rentenkürzungen beendet werden. Besonders reformbedürftig seien zudem die Arbeitsmarktpolitik und das Gesundheitssystem.

Größere Probleme als beim Bund sieht Feld in Bezug auf die Verschuldung der Länder. Von den Ländern werde im Rahmen der Schuldenbremse zwar ab 2020 ein ausgeglichener Haushalt verlangt, wenn auch mit gewissen Spielräumen im Haushaltsvollzug. Doch hätten die Länder falsche Anreize, sich im Hinblick auf das Auslaufen des derzeitigen Finanzausgleichs in 2019 mit einer strategisch hohen Verschuldung zu positionieren, um möglichst viele Mittel von der Gemeinschaft zu erhalten. Deswegen plädiere der Kronberger Kreis eindringlich für eigene Schuldenbremsen der Länder.

Der Grund für die langfristig überall in Europa steigende Staatsverschuldung sei nicht konjunktureller, sondern politökonomischer Natur. Denn in wirtschaftlich guten Zeiten werde nicht gespart, sondern Mittel würden an die

verschiedensten Gruppen verteilt. Deswegen benötige man wirksame institutionelle Regeln in der Finanzverfassung. Da der Stabilitäts- und Wachstumspakt die Schuldenanstiege in Europa nicht verhindert habe, fordere Feld institutionelle Reformen in Europa. Dabei verweise er auf die Empfehlungen der aktuellen Studie des Kronberger Kreises „Öffentliche Finanzen dauerhaft sanieren – in Deutschland und Europa“.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt müsse gehärtet werden. Sowohl eine Umkehr des Entscheidungsverfahrens über die Sanktionsvergabe als auch die Einführung eines unabhängigen Stabilitätsrats wären sinnvoll. Allerdings sieht Feld wenig Chancen für die Durchsetzbarkeit dieser Verbesserungen. Für realistischer hält er nationale Schuldenbremsen und die Stärkung der No-Bail-out-Klausel durch eine Insolvenzordnung für Staaten. Die Beteiligung der Gläubiger an den Kosten einer Staateninsolvenz würde ihr Risikobewusstsein und somit die Bewertung der Anleihen auf dem Kapitalmarkt beeinflussen. Feld plädiert für die Einrichtung eines Moratoriums durch temporäre Verlängerung der Fälligkeiten und Collective Action Clauses, um nicht einzelne Gläubiger bevorzugt zu behandeln. Es müssten Regeln zur Auslösung des Verfahrens festgelegt werden, damit es dem Schuldnerland nicht beliebig möglich sei, das Verfahren zu starten. Eine unabhängige Instanz sollte als „Lead Negotiator“ eingeführt werden und es könnten in der Insolvenzordnung Regeln über einen „Hair Cut“-Korridor in Höhe von z.B. 30–70% festgelegt werden.

Die Verabschiedung des EU-Rettungsschirms im Mai 2010 sei zwingend notwendig gewesen: „Doch nun ist es wichtig, eine Perpetuierung der European Financial Stability Facility zu vermeiden und zu verhindern, dass eine neue Kompetenz der EU in der Makropolitik entsteht.“ Trotzdem müsse eine kurzfristige Liquiditätshilfe als Schmiermittel bereitgestellt werden. Zudem müsse sichergestellt werden, dass die durch die EFSF garantierten Schulden nicht als „Senior Debt“ wahrgenommen würden und die Schulden mit Gläubigerbeteiligung in die Rolle von „Junior Debt“ kommen. „Dies alles gleichzeitig sicherzustellen, gleicht einer Operation am offenen Herzen – sie ist schwierig, aber nicht unmöglich“, konstatiert Feld.



### KRONBERGER KREIS-Studie

#### Öffentliche Finanzen dauerhaft sanieren – in Deutschland und Europa

Schriftenreihe Band 52, Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.), Berlin 2010.

Zum Herunterladen auf:  
[www.stiftung-marktwirtschaft.de](http://www.stiftung-marktwirtschaft.de)





## Der ehrbare Staat? Von Schulden, die man sieht und solchen, die man nicht sieht

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen  
Stiftung Marktwirtschaft,  
Universität Freiburg

„Im Jahr 1950 beliefen sich die Schulden Deutschlands auf 9,6 Milliarden Euro bzw. 19% des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Doch seit der ‚Gründung‘ des Schuldenstaats in den 1970er Jahren hat sich die Schuldenquote mehr als verdreifacht. Ende 2009 beliefen sich die Schulden auf 1.694,4 Milliarden Euro bzw. 71% des BIP.“ Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft, erläutert dem Publikum, dass es sich bei dieser ungeheuren Summe nur um die explizite bzw. sichtbare Verschuldung, also die Summe der Haushaltsdefizite der Vergangenheit, handele. Hiervon grenzt er die implizite bzw. unsichtbare Verschuldung ab, bei der es sich um die Summe aller zukünftigen Haushaltsdefizite handele: „Hinter der unsichtbaren Staatsschuld verbergen sich alle durch das heutige Steuer- und Abgabenniveau nicht gedeckten Leistungsversprechen, wie beispielsweise zukünftige Rentenansprüche der Angestellten, aber auch Pensionsansprüche der Beamten von Bund, Ländern und Gemeinden.“

Das Verhältnis der impliziten zur expliziten Verschuldung für das Basisjahr 2008 lag laut Raffelhüschens Berechnungen bei vier zu eins. Die implizite Verschuldung betrug 251,3% des BIP, während die explizite Verschuldung bei 63,2% lag. Der Finanzwissenschaftler der Universität Freiburg illustriert die Begrifflichkeiten: „Wenn der Staat sich an die Regeln halten würde, die er für die anderen aufstellt, müsste er für alle Leistungsversprechen Rückstellungen mit Hilfe der doppelten Buchführung bilden. Dann wäre der Staat ein ehrbarer Staat im Sinne eines ehrbaren

Kaufmanns. Aber tatsächlich ist er Kameralist und macht nur eine Einnahmen-Überschuss-Rechnung – vergleichbar einem Minderkaufmann, einem Kiosk.“

Die gesamte implizite und explizite Verschuldung lässt sich ihrer Herkunft nach aufteilen in die Schulden der Gesetzlichen Rentenversicherung (98,8% des BIP), der Gesetzlichen Krankenversicherung (102,9%), der Sozialen Pflegeversicherung (35,6%), der sonstigen Sozialversicherungen (23,3%) und der Gebietskörperschaften (53,9%).

Raffelhüschen konzentriert sich in seinem Vortrag auf Vorschläge zur dauerhaften Begrenzung und Rückführung der Verschuldung der Gebietskörperschaften. Grundsätzlich gebe es zwei alternative Vorgehensweisen: erstens das Rasenmäherprinzip und zweitens die Kürzung von Einzelmaßnahmen. Erstere könne man darüber hinaus in den „großen Rasenmäher“, der alle Ausgaben in gleichem Umfang kürzt, und den „kleinen Rasenmäher“ aufteilen, bei welchem einzelne Ausgabenposten von den Kürzungen ausgenommen werden, weswegen bei anderen Ausgabenposten stärker gekürzt werden müsse. Die Rasenmäherstrategie sei nicht unbedingt effizient, aber dafür politisch einfacher durchsetzbar. Ein langfristiger Abbau der Staatsverschuldung der Gebietskörperschaften mit dem „großen Rasenmäher“ erfordere eine jährliche Kürzung aller Ausgaben um 3,9%.

Von den gesamten Ausgaben der Gebietskörperschaften (747 Milliarden Euro in 2009) entfielen 38% auf Ausgaben

für Bildung, Investitionen, Zinsen und Bundeszuschüsse an die Sozialversicherungen. Zinsen und Bundeszuschüsse seien festgelegt und bei Bildung und Investitionen wolle niemand sparen. Deswegen bestehe der Konsolidierungsspielraum vor allem bei Sozial- und Personalausgaben, Pensionen, Subventionen und sonstigen Ausgaben. Raffelhüschen stellt klar: „Eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte kann nur über eine Reduzierung des Sozialstaats erfolgen.“ Der Sozialstaat müsse auf das Niveau von Mitte/Ende der 1980er Jahre eingedämmt werden, was der Freiburger Wissenschaftler als vertretbar bewertet. Wende man diesen „kleinen Rasenmäher“ auf die Ausgaben der Gebietskörperschaften an, so komme man auf eine notwendige jährliche Ausgabenkürzung von 5,6%.

Als Alternative zum Rasenmäherprinzip könnte man auch die Personal- und Sachausgaben für etwa sieben Jahre auf dem heutigen Niveau einfrieren, um die Staatsverschuldung der Gebietskörperschaften langfristig zu tilgen. Würde man nur die Personalausgaben einfrieren, läge der notwendige Zeitraum bei 16 Jahren. Bei einer Konzentration auf die Sozialausgaben läge er bei 13 Jahren.

Doch Raffelhüschen hat noch ein As im Ärmel: „Wir könnten uns etwas Luft verschaffen, denn wir haben bei den zukünftigen Pensionslasten noch etwas nachzuholen.“ Der Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft erläutert, dass die Rentenreformen der letzten Jahre (Nachhaltigkeitsfaktor,

Riester-Reform, Rente mit 67, verringerte Anrechenbarkeit von Ausbildungszeiten) zu enormen Verbesserungen der Nachhaltigkeitslücke der Rentenversicherung geführt hätten. Diese Reformen müssten wirkungsgleich auf die Beamtenversorgung übertragen werden. Dann würde sich das Schuldenproblem der Gebietskörperschaften um ein Drittel verringern. Beispielsweise sinke die notwendige Ausgabenkürzung beim „großen Rasenmäher“ von 3,9% auf 2,6% durch die Übertragung des Nachhaltigkeitsfaktors und der Rente mit 67 auf die Beamtenpensionen. Beim „kleinen Rasenmäher“ ergebe sich anstelle einer notwendigen Ausgabenkürzung von 5,6% nur 3,8%. Alternativ müssten dann die Personal- und Sozialausgaben anstelle von sieben nur fünf Jahre eingefroren werden, um die Verschuldung der Gebietskörperschaften langfristig zu tilgen. Bei einer Konzentration auf die Personalausgaben läge der Einfrierungszeitraum bei zehn anstelle von ursprünglich 16 Jahren, bei einer Konzentration auf die Sozialausgaben bei neun anstelle von 13 Jahren.

Raffelhüschen schließt dementsprechend mit einem positiven Fazit: „Wir können das Schuldenproblem in den Griff bekommen. Der Abbau der Staatsverschuldung erfordert jedoch den politischen Mut, um – neben den unumgänglichen Ausgabenkürzungen der Gegenwart – alle bisherigen Rentenreformen wirkungsgleich auf die Pensionen der Staatsdiener zu übertragen. Nur dadurch kann der demografisch bedingte Anstieg der Pensionslasten zukünftig begrenzt werden.“

# Ein ausgeglichener Bundeshaushalt – Utopie oder Zwischenziel echter Konsolidierung?

**Steffen Kampeter MdB | Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen**

Ein klares Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft gibt Steffen Kampeter, MdB und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, stellvertretend für die schwarz-gelbe Regierungskoalition ab. Die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft basiere auf Freiheit in Verantwortung. Dagegen kennzeichnet Kampeter die Entwicklung der Finanzmärkte in den 1990er und 2000er Jahren entsprechend durch das Motto „Freiheit ohne Verantwortung“.

Walter Eucken, einer der Gründungsväter der Sozialen Marktwirtschaft, habe in seinem Werk „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ neben dem grundlegenden Prinzip des Wettbewerbs weitere handlungsleitende Prinzipien für Wirtschaft und Finanzpolitik festgelegt, die heute noch von erstaunlicher Aktualität seien. So seien im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise Währungsstabilität und das

Prinzip der offenen Märkte bedroht gewesen. Bei der Neugestaltung der Finanzmarktordnung gehe es daher darum, Freiheit und Verantwortung über konsequente Haftungsregeln wieder zusammenzuführen, z.B. im Regelwerk Basel III. Kampeter gibt zudem seiner Hoffnung Ausdruck, dass Konstanz in der Wirtschaftspolitik verstärkt zum handlungsleitenden Maßstab in der Politik würde. Dabei gehe es nicht darum, mit den Instrumenten von 1949 die Finanzkrise von 2009 zu beantworten, sondern die unverändert aktuellen Prinzipien auf die heutigen Probleme anzuwenden. Die Haushaltspolitik der Regierung bezeichnet der Staatssekretär in diesem Sinn als Beispiel für eine „wachstumsfreundliche Konsolidierung“. Die keynesianische Ausgabenpolitik in der Krise sei kurzfristig notwendig gewesen. Doch könne man Wachstum nicht auf Dauer durch Verschuldung kreieren. Im Gegenteil: „Nachhaltige öffentliche Finanzen sind ein zentraler Wachstumstreiber.“

Steffen Kampeter MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär  
beim Bundesminister der Finanzen



Konsolidierung solle nicht mit der Rasenmähermethode betrieben werden, sondern bestimmte inhaltliche Schwerpunkte setzen. So sollten laut Kampeter z.B. die Ausgaben für Bildung und Forschung von Kürzungen ausgenommen sein. Sie müssten stattdessen stabilisiert und in manchen Bereichen auch ausgeweitet werden. Mit einem kleinen Seitenhieb auf seine Vorredner Feld und Raffelhüschen stellt Kampeter klar: „Politik ist mehr als wissenschaftliche Beratung. Jenseits ökonomischer, juristischer und sonstiger wissenschaftlicher Ratschläge verfolgen Politiker einen klaren gesellschaftlichen Anspruch durch Schwerpunktsetzungen. Sie müssen sehen: Wenn ein Politiker falsch handelt, dann übernimmt er dafür persönlich die Verantwortung. Wenn ein Wissenschaftler falsch handelt, bekommt er eine negative Fußnote.“

Auf europäischer Ebene müsse Deutschland für die Rückkehr zu einer regelgebundenen Finanzpolitik kämpfen. Die Aufweichung der Automatismen des europäischen Stabilitätspakts 2004/2005 sei im Nachhinein ein Fehler gewesen. Zwar sei Deutschland 2007/2008 schnell zu ausgeglichenen Haushalten zurückgekommen, doch hätten sich andere Staaten durch die Aufweichung in ihrer schuldenorientierten Politik bestätigt gefühlt. Deswegen plädiert Kampeter im Sinne der Van-Rompuy-Gruppe für eine Stärkung der präventiven Elemente des Stabilitätspakts. Hier bezieht er sich auf seinen Vorredner Feld, der darauf hingewiesen hat, dass z.B. Spanien keine schlechten Fundamentaldaten im Bereich der Verschuldung aufweise. Spanien sei durch sein einseitiges, auf dem Immobiliensektor basierendes Wachstumsmodell in eine tiefe Krise geraten. Bei einer kontinuierlichen volkswirtschaftlichen Beobachtung wäre dies eventuell rechtzeitig erkannt worden und hätte entsprechende Warnungen nach sich gezogen.

Das im Vortrag von Raffelhüschen angesprochene Problem der impliziten Verschuldung ist dem Staatssekretär wohl bewusst. Kampeter vermutet, dass Analysten auf dem Markt für Staatsanleihen zukünftig auch verstärkt die im-

plizite Verschuldung in ihre Bewertungen einbeziehen: „Die Berücksichtigung der impliziten Verschuldung ist ein Beitrag zu mehr Tragfähigkeit bei den öffentlichen Finanzen.“ Der Rentennachhaltigkeitsfaktor und die Rente mit 67 seien bereits substantielle Beiträge zum Abbau der impliziten Verschuldung. Mit diesen Maßnahmen sei Deutschland in der Rentenversicherung international vorbildlich aufgestellt: „Deswegen werden wir auch für die Zukunft an diesen Maßnahmen festhalten.“ Im Gesundheitssystem seien nun noch Reformen notwendig, die erstens auf der Ausgabenseite ansetzen und zweitens auf der Finanzierungsseite das System von der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung entfernen. Mittelfristig sei eine vollständige Entkopplung denkbar.

Die angesprochene Schuldenbremse erklärt Kampeter dem Publikum salopp: „Erstens, wir dürfen nicht mehr Geld ausgeben, als wir haben. Und zweitens, weil das kurzfristig ein bisschen schwierig ist, lassen wir uns bis 2016 dafür Zeit.“ Der Staatssekretär wendet sich gegen eine Refinanzierung über Steuern wie zu Zeiten der Großen Koalition durch die Mehrwertsteuer. Stattdessen plädiert er für eine Ausgabenreduktion und verweist auf das Sparpaket in Höhe von 80 Milliarden Euro. Außerdem sei eine umfassende Staatsreform notwendig, in der u.a. die Bundeswehr reformiert und der öffentliche Personalbestand überprüft werde.

Die eigentlichen Herausforderungen lägen jedoch nicht beim Bund, sondern bei den Ländern mit ihrer geringen Steuererhebungskompetenz und schlechten Refinanzierungsmöglichkeiten. „Diese Schuldenbremse ist das schärfste Instrument, was wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt in der Finanzpolitik haben. Denn wir sollten nicht vergessen: Eine nachhaltige Finanzpolitik ist für die dauerhafte Ausgestaltung unserer Volkswirtschaft unverzichtbar.“ Die beschriebene wachstumsfreundliche Konsolidierung der Bundesregierung stelle die Transformation der Eucken'schen Prinzipien ins 21. Jahrhundert dar.





Die Tagung moderierte Donata Riedel vom Handelsblatt.

Die Landesfinanzminister Kühl und Stächele sind sich einig darüber, dass ausgeglichene Länderhaushalte erstrebenswerte Ziele seien, aber eine Entschuldung noch in weiter Ferne läge. Kühl erläutert, dass die Einhaltung der Schuldenbremse und ausgeglichene Haushalte automatisch zu einem Rückgang der Zins-Steuer-Quote führen, so dass sich für die Länder langfristig größere finanzielle Spielräume ergäben – auch ohne das Abtragen der Schulden der Vergangenheit.

Jost Etzold, Vorstand des Industrie-Pensions-Vereins e.V., erkundigt sich bei den anwesenden Politikern danach, wie man die Bürger auf den Sparkurs mitnehmen könne. Der ehemalige Kommunalpolitiker Staehler betont, dass die Politiker die Bürger als Partner begreifen und sie in die Mitverantwortung zum Erfolg hin einspannen müssten. Nur so könne man ihnen die notwendigen „Grausamkeiten“ vermitteln, mit denen man finanzielle Freiräume für die Zukunft schaffen könne. Stächele macht sich für plebiszitäre finanzpolitische Elemente, wie z.B. kommunale Zuschläge, stark und verweist auf die guten Erfahrungen in der Schweiz.

Die Anregung aus dem Publikum, anstelle einer Schuldenbremse eine Ausgabenbremse einzuführen, stößt bei den Finanzministern dagegen auf Ablehnung. Stächele erläutert, dass man unternehmerisches Denken nicht vollständig auf die staatlichen Aufgaben übertragen könne, und gibt ein Beispiel: „Wo soll ich mit der Kurzarbeit anfangen? Bei der Polizei, bei den Lehrern, bei den Wissenschaftlern?“ Kühl ergänzt: „Es hilft nichts, wir müssen den unbequemen und anspruchsvolleren Weg gehen und anstelle einer pauschalen Ausgabenkürzung differenziert nach Einsparpotentialen suchen.“

Prof. Dr. Manfred J. M. Neumann, Mitglied im Kronberger Kreis, wendet sich direkt an Kampeter: „Es hat mir gut ge-

fallen, dass Sie die Schuldenbremse so sehr loben, aber noch haben wir sie nicht praktiziert.“ Des Weiteren betont er die Wichtigkeit einer europäischen Insolvenzordnung, um die privaten Anleger zu beteiligen und erläutert: „Die Staatsverschuldung an den Kreditmärkten wird teurer – genau das ist die Idee.“ Kampeter ist grundsätzlich derselben Meinung, plädiert aber für eine vorsichtige Umstellung zur vollständigen Wiederherstellung des Marktes für Staatsanleihen. Dass die Bundesregierung sich in den Verhandlungen von Deauville mit ihren Vorstellungen zu Automatismen im Stabilitätspakt nicht durchsetzen konnte, bedauert der Bonner Wirtschaftswissenschaftler Neumann außerordentlich. Kampeter entgegnet, man solle in Europa nicht etwas verlangen, wozu Deutschland selbst nicht bereit sei, es zu machen. So seien z.B. Berlin, Bremen und das Saarland auch nicht aus der D-Mark ausgeschlossen worden, sondern befänden sich in einer Transferunion mit den anderen Ländern. Der Staatssekretär stimmt dem Wissenschaftler des Kronberger Kreises im Prinzip zu: „Deauville bedeutet keinen Automatismus, sondern einen Quasi-Automatismus. Ihre Analyse ist völlig zutreffend. Nur mit dieser Position hätten Sie in Deauville nichts bewegt, außer den Status quo zu behalten.“ Den gefundenen politischen Kompromiss bewertet Kampeter daher durchaus positiv und weist darauf hin, dass Europa immer ein Geben und Nehmen sei. Eine Rückkehr zur D-Mark lehnt der Staatssekretär aufgrund der negativen Effekte für die deutsche Wirtschaft entschieden ab.

Feld erinnert Kampeter daran, dass die Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspakts von nicht wenigen Wissenschaftlern stark kritisiert worden sei, unter anderem auch vom Kronberger Kreis. Generell zweifelt er an der Wirksamkeit von präventiver Beobachtung in einem Staatenverbund. Insofern sei es sinnvoller, mit einer Insolvenzordnung auf die Disziplinierungswirkung der Märkte zu setzen.



### Impressum: